

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklamazeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Samstag
12
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechende Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingereicht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 7 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Friedensverhandlungen.

Brest-Litowsk, 11. Jan. Die gestrigen Verhandlungen eröffnete Staatssekretär von Kühlmann. Er schlug vor, daß die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument den Akten des Kongresses einverleibt werde. Die Vertreter der verbündeten Mächte begrüßen im Sinne ihres Telegramms vom 26. Dezember 1917 die in Brest-Litowsk erschienenen ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behielten sich ihre Stellungnahme zu den Einzelheiten der Ausführungen der ukrainischen Delegierten vor.

Im Anschluß hieran sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, einige Fragen zu stellen, um die Unterlagen für die Beschlußfassung der verbündeten Mächte zu schaffen. Bisher wurde mit den Vertretern der Petersburger Regierung über sämtliche das russische Gebiet betreffenden Angelegenheiten verhandelt. Es müsse daher an den Vorsitzenden der Delegierten der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Russlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtige.

Trotsky gab hierauf folgende Erklärung ab: In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie in vollem Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation bis zur vollen Loslösung kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen findet.

Ueber die Bedeutung der Erklärung entspann sich eine längere Diskussion, die schließlich in der Frage zusammengefaßt wurde, ob die ukrainische Delegation eine Unterabteilung der russischen Delegation darstelle, oder ob sie in diplomatischer Beziehung als die Vertretung eines selbstständigen Staates zu behandeln sei. Die Frage wurde von Trotsky dahin beantwortet, daß er sie als erledigt betrachte, da die ukrainische Delegation als selbstständige Vertretung hier aufgetreten sei und da diese Vertretung von keiner Delegation anerkannt und von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht worden sei.

Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation dankte hierauf dem russischen Vertreter für diese Stellungnahme und für die Art, mit der diese aufgenommen worden sei. Er nehme an, daß dadurch die selbstständige Stellung, die seine Abordnung bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe bestimmt worden sei: daß nämlich die ukrainische und die russische Abordnung zwei getrennte selbstständige Delegationen derselben Partei bilden.

Nachdem Staatssekretär v. Kühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hatte, daß diese Präliminärerfrage vorerst zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung dem Plenum vorbehalten bleibe, ergriff der erste Delegierte der russischen Delegation

Trotsky

das Wort. Er erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst ein Mißverständnis zu beseitigen, das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation stelle fest, daß das offizielle, in den deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Falle, in dem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben sei, dem entspreche, was in dieser Sitzung sich ereignet habe. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannte wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur anbelange, auf das sich die deutsche Presse und der Staatssekretär v. Kühlmann berief, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erklärungen einlegen. Trotsky gab seinem Bedauern Ausdruck, daß ein Mißverständnis, das in keinem Zusammenhang mit den Arbeiten der Delegation stehe, eingetreten sei. Was den von den drei anderen Delegationen unterstützten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Funkprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstands, noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzt haben.

Weiter ging Trotsky auf den Inhalt der von dem Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärung ein und führte aus:

Fürs erste bestätigen wir, daß wir in vollem Einver-

nehmen mit dem im Vorjahr gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Vierbundes zur Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unsererseits halten an den von uns proklamierten Grundsätzen eines demokratischen Friedens fest.

Was den russischen Vorschlag auf Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelangt, so ist dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Russlands nimmt übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation die Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führt, zumal da es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handelt.

Um den Mächten des Vierbundes den Vorwand des Abbruchs der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um keine Möglichkeit im Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen. Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichte, beantrage sie, zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde sodann beschlossen, am Nachmittag zwischen den Delegationen Deutschlands und Österreich-Ungarns einerseits und Russlands andererseits eine interne Beratung abzuhalten.

Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 11. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Freitag nachmittag wieder zusammen und verhandelte über Rechtsfragen, zunächst über

privatrechtliche Verhältnisse zwischen Deutschen und Russen. Geheimrat Simons gab als Vertreter des Auswärtigen Amtes über die Verhältnisse Auskunft. Nachdem die Redner der verschiedenen Parteien hierzu gesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Samstag vertagt.

Die Landtagsreformen im Ausschuß.

Berlin, 11. Jan. Heute vormittag trat die vom Abgeordnetenhaus zur Beratung der drei Vorlagen über das Landtagswahlrecht, über die Zusammensetzung des Herrenhauses und über die Abänderung des Staatsrechts der beiden Häuser des Landtages eingesetzte Kommission zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Von der Staatsregierung waren der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Minister des Innern Dr. Drews, der Finanzminister Hergeth und der Justizminister Dr. Spahn sowie zahlreiche Kommissare erschienen. Der Ausschuß beschloß, die Vorlagen zwei Lesungen zu unterwerfen und zunächst eine

allgemeine Besprechung

aller drei Vorlagen durchzuführen. Der Berichterstatter untersuchte historisch und kritisch den Werdegang des preussischen Landtagswahlrechtes.

Der erste Redner der konservativen Partei richtete an die Staatsregierung die Anfrage, weshalb sie nicht die drei Vorlagen in einen organischen Zusammenhang gebracht habe. Wenn die Volksvertretung auch in zwei Kammern zerfalle, so sei sie doch eine einheitliche, und deshalb müßten die Vorlagen durch ein

Wartelgesetz

verbunden werden. Nur nach genauer Prüfung der Wirkung der Wahlreform auf das Herrenhaus und auf das gesamte Staatsleben könne die konservative Partei zu einem bestimmten Entschluß kommen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte darauf, daß die Regierung den Standpunkt des konservativen Redners insoweit teile, als auch sie die drei Vorlagen als ein organisches Ganzes betrachte. Die Staatsregierung würde kaum dem einen Gesetz zuzustimmen geneigt sein, wenn nicht auch über die anderen eine Einigung erzielt sei. Gewiß brauche Preußen ein Zweikammersystem. Räten zwei der Reformen zustande, die des Herrenhauses aber nicht, so würde ja das Zweikammersystem bleiben.

Minister des Innern Dr. Drews erklärte, daß eine Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts im Staate auch ihre Rückwirkung auf die Gestaltung des

Gemeindewahlrechts,

aber noch nicht die Einführung des gleichen Wahlrechts auch in den Gemeinden zur Folge haben müsse. Die Gemeinden seien viel mehr auf Leistung und Gegenleistung aufgebaut wie der Staat und die Ausgestaltung des Gemeindewahlrechts könne erst erfolgen, wenn die zukünftige Gestaltung des Wahlrechts im Staate zu übersehen und der Städtetag usw. gehört sei. Daß mit der Zeit eine Gemeindewahlreform kommen werde, sei zweifellos.

Auf eine andere Frage des konservativen Sprechers gibt der Minister des Innern Dr. Drews an, daß auf Grund der letzten Wahlschiffen unter dem gleichen Wahlrecht das Abgeordnetenhaus folgende Zusammensetzung haben würde: Konservativ 81, Freikonservativ 34, Nationalliberal 46, Fortschrittler 49, Zentrum 92, Polen 41, Sozialdemokraten 101. Verschiedene Parteien 11. Mit der Frage der Einführung der

Wahlpflicht

habe die Regierung sich beschäftigt.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter betonte, gegen ein etwaiges Verbot der Erörterung der Wahlrechtsfrage in öffentlichen Versammlungen auf das schärfste protestieren zu müssen. Er freue sich, daß die Kriegsteilnehmer deutlich gezeigt hätten, wie sehr ihnen das gleiche Wahlrecht am Herzen liege.

Ein Konservativer meint, daß man sich brauchen an der Front mit dem gleichen Wahlrecht in keiner Weise beschäftigt.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg führte aus, zwischen dem Staat und den Gemeinden bestehe ein großer Unterschied. Die Gemeinden haben Aufgaben meist wirtschaftlicher Natur zu erfüllen, während der Staat politische Aufgaben zu lösen habe. Den Gemeinden seien die Gesetze vom Staat vorgegeben, der Staat sei selbst Gesetzgeber. Man werde das Gemeindewahlrecht in Zukunft abtufen müssen, das bisherige System lasse sich nicht aufrecht erhalten, denn heute wählen in den großen Städten 88 Prozent der Wähler in der dritten Klasse und nur 12 Prozent in den beiden ersten Klassen. Aus praktischen Gründen lasse sich das Gemeindewahlrecht dem politischen Wahlrecht zum Landtage nicht anpassen.

Ein Zentrumsredner legte dar, daß zwischen dem Landtagswahlrecht und dem allerdings reformbedürftigen Gemeindewahlrecht kein innerer Zusammenhang bestehe. Die Einführung der Wahlpflicht würde auf Schwierigkeiten stoßen. — Ein weiterer Zentrumsredner (Arbeitervertreter) trat energisch für das gleiche Wahlrecht ein. Die Bewegung dafür werde, wenn es jetzt nicht gegeben werde, nicht still stehen. Ein Pole forderte eine der Stärke der politischen Bevölkerung entsprechende Vertretung.

Die Weiterberatung wird darauf auf Samstag vertagt.

Herlings Antwort auf Lloyd George und Wilson.

Berlin, 11. Jan. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Reichskanzler in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses, vermutlich Montag oder Dienstag, sich zu den letzten Reden Lloyd Georges und Wilsons äußern wird.

Wiener Generalstabsbericht vom 11. Jan.

Wien, 11. Jan. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang

Der Chef des Generalstabes.

England.

Das Frauenstimmrecht.

Haag, 11. Jan. Reuter meldet aus London: Das Unterhaus nahm mit 134 gegen 69 Stimmen die Vorschläge zur Wahlrechtsreform an, wonach den Frauen das Stimmrecht gegeben wird. Im Oberhaus wird das neue Wahlgesetz jedoch starken Widerstand finden.

Pour le mérite.

Berlin, 11. Jan. (W. B.) Dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle ist durch allerhöchste Kabinettsordre vom 9. Januar der Orden Pour le mérite verliehen worden.

Kleine Rundschau.

Stuttgart, 11. Jan. Zu der Reichstagswahl im Wahlkreis Payers hat das Zentrum unter Wahrung des Burgfriedens gleich der Tübinger nationalliberalen Partei seinen Wählern Wahlenthaltung empfohlen.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 12. Jan. Auf das vom Frankfurt-Bodenheimer Zitherkranz morgen abend im Hotel Procasch angesagte Konzert zum Besten der Lazarettinsassen machen wir auch an dieser Stelle aufmerksam. Da die Leistungen des Vereins bis jetzt überall gute Aufnahme fanden, wird man auch wohl hier mit einem ausverkauften Hause rechnen können, zumal der Reinertrag für unsere Verwundeten Verwendung finden soll.

* Die achte Kriegsanleihe. Die Vorarbeiten für die achte Kriegsanleihe sind an den zuständigen Stellen bereits im Gange. Ihre Auflage zur Zeichnung wird voraussichtlich gegen Mitte März zu erwarten sein.

* Fischbach, 12. Jan. Am Montag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Anton Glöckner eine kinematographische Vorstellung über die Sommerkämpfe statt, wozu alle Einwohner freundlichst eingeladen werden. Da diese Vorstellung selten gegeben wird, ist es sehr zu empfehlen, sich den Gang der gewaltigen Schlacht, welche in lebenden Bildern vorgeführt wird, anzusehen.

Von nah und fern.

Frankfurt, 12. Jan. Im Alter von 74 Jahren starb Generalmajor J. D. von Biffing, ein eifriger Förderer des Rennsports. Er war zu Jerichau in Schleien geboren, begann seine militärische Laufbahn beim 2. schlesischen Infanterieregiment 6 und machte die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit. Im Jahre 1888 kam Herr v. Biffing nach Frankfurt als Kommandeur des damals in Bodenheim garnisonierenden Infanterieregiments 13. 1896 nahm er seinen Abschied und bezieht seinen Wohnsitz in Frankfurt bei. Er war ein Vetter des jüngst verstorbenen Generalgouverneurs von Belgien.

Im Hauptbahnhof wurden nicht weniger wie ein Dutzend jugendlicher Diebe der Polizei eingeliefert. Sie hatten ganze Säcke voll Postpakete gestohlen und fortgeschleppt. Ein großer Teil davon konnte wieder herbeigeschafft werden.

Frankfurt, 11. Jan. Die Strafkammer verurteilte den 24-jährigen Kurt Schäfer aus Lüneburg zu fünf Jahren, den 25-jährigen Arbeiter Ernst Langer aus Harburg zu zwei Jahren Gefängnis. Die beiden hatten Wibergasse 10 die Firma „Ernst Lange, Weingroßhandlung und Kolonialwaren“ errichtet, Waren verkauft, die sie nicht besaßen, und etwa 120 000 Mark erschwindelt. Das mitangeklagte Kontorfräulein erhielt sechs Monate Gefängnis.

Mainz, 11. Jan. Der Rhein und seine Nebenflüsse sind im Steigen begriffen. Die durch den niedrigen Wasserstand festgefahrene Kohlenflöße sind zum Teil wieder flott gemacht. Starkes Eis vom Oberrhein treibt talwärts.

Bielefeld, 11. Jan. Kommerzienrat Dr. August Deiser, der Begründer und Inhaber der Badpulverfabrik, Mitglied des Kaiser Wilhelm-Instituts, ist 56 Jahre alt gestorben.

Weitere Einschränkung des Personenverkehrs.

Die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb bestehen fort und verschärfen sich außerordentlich unter dem Einfluss ungünstiger Witterungsverhältnisse. Die Binnenschiffahrt ruht, sodass der auf den Binnenwasserstraßen sich bewegende Verkehr an dringenden Gütern plötzlich auf den Eisenbahnweg übergegangen ist. Ganze große Kohlenverbrauchsgebiete, die jetzt überwiegend auf dem Wasserwege bedient werden, wie Berlin und Süddeutschland, fallen jetzt ausschließlich den Eisenbahnen zu. Eine Abhilfe kann durch Einschränkung des Güterverkehrs nicht mehr erreicht werden, weil zur Zeit ohnehin nur dringende Güter befördert werden, die für die Kriegswirtschaft und für die Volksernährung (einschließlich der Hausbrandversorgung) erforderlich sind. Es muß erneut und unverzüglich eine Einschränkung des Personenverkehrs erfolgen. Diese wird am 13. Januar beginnen mit dem ausschließlichen Zweck, über das bisher Erreichte hinaus Maschinen, Personal und Strecken durch Ausfall von Personenzügen frei zu machen und die Abwicklung des Güterverkehrs, dem unbedingt der Vorrang einzuräumen ist zu fördern. Es ist dringende Pflicht der Bevölkerung, auch freiwillig alles überflüssige Reisen einzustellen, denn alles unnötige Reisen trägt dazu bei, die Kriegsaufgaben der Eisenbahn zu beeinträchtigen, also die Abfuhr der Kohlen und anderer für die Rüstungsindustrie erforderlichen Rohstoffe, den regelmäßigen Nachschub an die Front, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit Hausbrandkohlen und dergleichen mehr zu erschweren.

Kirchliche Anzeigen für Königstein.

Katholischer Gottesdienst.

1. Sonntag nach Erscheinung des Herrn. Vormittags 8 Uhr Kränzmesse. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 2 Uhr Andacht.

Bereinsnachrichten:

Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr Versammlung des Marienvereins.

Abends 8 Uhr: 1. Monatsversammlung des Bünalingsvereins. Bünalisch und volkstümlich. Erscheinung.

Vortrag: Vortritt und Weltkrieg in nichtkatholischer Beleuchtung.

Lichtbilder-Vortrag: „Aus dem Seekrieg“ 1914/17.

Die werten Eltern und Schützlinge sind freundlichst eingeladen.

Der Präses.

Künstliche Zähne

In Kautschuk und Gold.
Kronen und Stützabzahn. Zahnreinigung.
Zahnoperationen. Plomben in Gold, Silber usw.
Carl Mallobré, Königstein. Fernruf 129.
Behandlung von Mitgliedern aller Krankenkassen.

Großes Hauptquartier, 12. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstärke blieb auf Artillerie- und Wurfminenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 11. Jan. (W. B. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz fielen unseren Unterseebooten sechs Dampfer zum Opfer, von denen die Mehrzahl dicht unter der englischen Ostküste ungesichert der dort besonders starken Bewachung versenkt wurden. Zwei Dampfer wurden aus demselben Geleitzuge herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Kriegshilfe der Vereinigten Staaten.

Amerikanisch. Getreide statt Truppen sendungen

Basel, 12. Jan. Wie Reuter aus Washington berichtet, hat die amerikanische Regierung angesichts der Lebensmittelschwierigkeiten in Europa Vorschläge getroffen zur Lieferung von weiteren 90 Millionen Scheffel Weizen nach Europa, um dem dort herrschenden Mangel abzuhelfen, obwohl die Höchstmenge der normalen Ausfuhr schon gegen Ende Dezember verladen war. Das amerikanische Volk wird zu strenger Sparsamkeit angehalten. Man plant die Einfuhr von weizenlosen Tagen, und die Herstellung von Kriegsbrot. Die Entscheidung, ob das Abkommen mit den Alliierten über den Transport amerikanischer Truppen nach Europa dadurch berührt wird, bleibt den Alliierten überlassen. Einzelne amerikanische Beamte sind der Ansicht, daß die Alliierten vorerst der Lieferung von Getreide den Vorrang geben werden.

Berlin, 12. Jan. Zu der Nachricht aus Washington, daß Amerika Weizen, aber keine Truppen nach Europa schicken wolle, heißt es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Die von Reuter in hochoffizieller Form verbreitete Nachricht bedeutet den zweiten schweren Schlag, den die Entente nach vier Kriegsjahren erleidet. Entleert man die Meldung aller höflichen Umschreibungen, so ergibt sich der Entschluß, für absehbare Zeit nicht auf das europäische Schlachtfeld zu gehen.“

Das Frauenstimmrecht in England.

London, 11. Jan. (W. B.) Das Oberhaus nahm die Teile der Wahlrechtsvorlage an, die den Frauen das Stimmrecht verleihen.

Sonntag, 13. Januar 1918, im Theatersaal Procasch in Königstein

KONZERT

zum Besten der Lazarettinsassen

ausgeführt vom

Frankfurt-Bockenheimer Zitherkranz.

Dirigent: Herr L. Metzker.

VORTRAGSFOLGE:

1. „Schwarz, weiss, rot“, Marsch, Chor. Schödt
2. „Goldene Myrten“, Konzert-Ländler-Terzett. Fischer
3. Zither-Solo, vorgef. von Herrn Oelerich
4. „Sonnenstrahlen“, Gavotte, Chor. Reichstein
5. „Auf Hochlands-Auen“, Mazurka, Chor. Dittes
6. „Lieder zur Laute“, vorgef. von Herrn Stöhr
- PAUSE —
7. „Heil Dir Harmonia“, Walzer, Chor. Burda
8. a) „Einzug d. Gladiatoren“, Marsch (Klavier. Fack
- b) „Abschied „ „ „ und Violine) Blankenberg
9. „Das lustige Hammerschmiedstochterlein“, Gavotte, Chor. Fritz
10. a) „Scheimische Kinder“, Walzer. Burda
- b) „Mazurka“, Terzett. Schuster
11. „Waldmannslust“, Marsch, Chor. Fischer
12. „Soldaten“, Poupouri, Terzett. Lohr

Änderungen vorbehalten. Preise der Plätze 1.— M. und 1.50 M. Saalöffnung 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr pünktlich.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 14. d. M., gelangen bei der Firma Schade u. Füllgrabe gegen Lebensmittelfarben-Abschnitt 19 zum Verkauf: Scheuermittel, Seifenpulver (beislagmefrei), Allorpfisch, Stockfisch und fertige Suppen.

Königstein im Taunus, den 12. Januar 1917.

Der Magistrat. Jacobs.

Marmeladeverkauf.

Vom Dienstag, den 15. bis Samstag, den 19. wird gegen Lebensmittelfarben-Abschnitt 20 bei Schade & Füllgrabe pro Kopf 1 Pfund Marmelade verkauft.

Königstein im Taunus, den 12. Januar 1918.

Der Magistrat. Jacobs.



Krieger- u. Militär-Verein

Königstein im Taunus.

Montag, den 14. Januar ds. Jrs.,

abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinslokal „Zum Hirsch“

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Besprechung über Kaiser's Geburtstagfeier.
2. Rechnungsabnahme.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfungs-Kommission.
4. Verschiedenes.

Die Kameraden ersucht um zahlreiches Erscheinen der Vorstand.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst am Main

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu 3 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Zur Herstellung

von
Gersten-
Graupen und
Grützen

empfiehlt sich

Wilhelm Engel,

Walzenmühle,

Niedernhausen i. T.

Tüchtiges, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, in kinderlosen, besseren Haushalt gesucht. Zu erst. in der Geschäftsst. d. Sig.

Mädchen

= aufs Land gesucht =

Adam Reccius 3r,

Unterlind-rbach.

2 einjährige Rinder,

Simmenthaler Rasse, zu verkaufen bei Joh. Weck 1r., Schneidhain.

Prima

Milch- und Fahrkuh

mit 3. Kalb steht preiswert zu verkaufen bei Fritz Göbel 2r., Hornau im Taunus.

Buchtrind,

15 Monate alt, ist zu verkaufen Hornau i. T., Langestraße 33.

Baugewerkschule Offenbach a. M. den preuß. Anstalten gleichgestellt. Der Groß-Direktor Prof. Hugo Eberhardt